

Die saarländische Landtagswahl vom 26. März 2017: Bestätigung der CDU-geführten Großen Koalition

Jürgen R. Winkler

Nach dem Beitritt des Saarlandes in den Geltungsbereich des Grundgesetzes hatte sich in den 1960er Jahren ein symmetrisches Parteiensystem mit zwei Großparteien herausgebildet.¹ Von 1955 bis 1975 konnte die CDU ihren Stimmenanteil bei den Landtagswahlen von 25,4 Prozent auf 49,1 Prozent nahezu verdoppeln. Dem bis in die 1970er Jahre dauernden Aufstieg der Christdemokraten folgte in den 1980er Jahren ein dramatischer Niedergang mit der Folge, dass sie im Jahr der Vereinigung 21 Punkte hinter der seit 1955 unaufhaltsam erstarkenden SPD zurückgefallen waren. In keinem anderen Bundesland hatte die SPD einen derart starken Zuwachs zu verzeichnen gehabt wie an der Saar. Ihr Stimmenanteil war von 14,3 Prozent bei der Landtagswahl 1955 kontinuierlich bis auf 54,4 Prozent bei der Landtagswahl 1990 angestiegen. Bereits 1985 hatte sich so ein 14 Jahre währendes, von der SPD dominiertes asymmetrisches Parteiensystem entwickelt. Die schwere Krise in der Stahlindustrie und die sie begleitende hohe Arbeitslosigkeit hatten die Vormachtstellung der CDU an der Saar zunächst beendet. Zwar war es ihr Ende der 1990er Jahre vorübergehend gelungen, an die Erfolge der 1970er Jahre anzuknüpfen, doch schon 2009 war sie wieder deutlich unter die 40-Prozent-Marke zurückgefallen. Dem außerordentlichen Siegeszug der SPD in den ersten Jahrzehnten folgte ein ebenso außergewöhnlicher Niedergang: Von 1990 bis 2009 brachen die Sozialdemokraten um rund 30 Punkte auf nunmehr nur noch 24,5 Prozent der Stimmen ein.²

Beide Großparteien konnten sich bei den Landtagswahlen im März 2012 leicht erholen. Aufgrund des Scheiterns der Jamaika-Koalition, des Ausscheidens der FDP und des Ein-

- 1 Vgl. zur Struktur und Entwicklung des Parteiensystems im Saarland Jürgen R. Winkler, Das Parteiensystem des Saarlandes, in: Uwe Jun / Melanie Haas / Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 369 – 386.
- 2 Vgl. zu den früheren Landtagswahlen im Saarland Jürgen W. Falter, Faktoren der Wahlentscheidung. Eine wahlsoziologische Analyse am Beispiel der saarländischen Landtagswahl 1970, Köln u.a. 1973; Adolf Kimmel, Die saarländische Landtagswahl vom 4. Mai 1975. Erosion im sozialliberalen Bündnis?, in: ZParl, 6. Jg. (1975), H. 4, S. 498 – 508; ders., Die saarländische Landtagswahl vom 27. April 1980. Gefährdung der „bürgerlichen“ Koalition?, in: ZParl, 11. Jg. (1980), H. 2, S. 222 – 237; ders., Die saarländische Landtagswahl vom 10. März 1985: Zwei Verlierer, zwei Gewinner, ein Sieger oder: Der Wähler hat den Wechsel gewollt, in: ZParl, 16. Jg. (1985), H. 3, S. 322 – 337; Eberhard Sand Schneider, Die saarländische Landtagswahl vom 28. Januar 1990: Ein Sieg der SPD ohne bundespolitische Signalwirkung, in: ZParl, 21. Jg. (1990), H. 3, S. 418 – 429; Jürgen R. Winkler, Die saarländische Landtagswahl vom 16. Oktober 1994: Bestätigung der SPD-Mehrheit, Debakel der FDP, in: ZParl, 26. Jg. (1995), H. 2, S. 249 – 261; ders., Die saarländische Landtagswahl vom 5. September 1999. Die CDU erhält die Macht zurück, in: ZParl, 31. Jg. (2000), H. 1, S. 28 – 42; ders., Die saarländische Landtagswahl vom 5. September 2004. Vom Zwei- zum Vierparteiensystem mit einer dominanten CDU, in: ZParl, 36. Jg. (2005), H. 1, S. 19 – 35; ders., Die saarländische Landtagswahl vom 30. August 2009: Auf dem Weg nach Jamaika, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 2, S. 394 – 409; ders., Die saarländische Landtagswahl vom 25. März 2012: Von Jamaika zur Großen Koalition, in: ZParl, 43. Jg. (2012), H. 3, S. 507 – 524; siehe auch die seit 1980 für jede Landtagswahl im Saarland vorgelegte Analyse der Forschungsgruppe Wahlen e.V.

zugs der Piratenpartei in den Saarländischen Landtag blieben im Hinblick auf die Regierungsbildung nur zwei Optionen: eine Große Koalition aus CDU und SPD oder ein rot-rotes Bündnis. Wegen der Festlegungen im Wahlkampf, der ideologisch-programmatischen Distanzen zwischen den Parteien sowie den persönlichen Antipathien zwischen *Heiko Maas* und *Oskar Lafontaine* hatte eine rot-rote-Koalition keine Chance. Am 8. Mai 2012 unterzeichneten *Annegret Kramp-Karrenbauer* und *Heiko Maas* den Koalitionsvertrag. In ihm verpflichteten sich CDU und SPD, die Eigenständigkeit des Saarlandes zu erhalten und zu sparen, um die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse einhalten zu können. Um die Neuverschuldung bis zum Jahr 2020 vollständig abzubauen, sollte jeder zehnte Landesbedienstete eingespart werden.

1. Die Ausgangslage

Regierungsparteien werden daran gemessen, ob sie die im Wahlkampf und in Koalitionsvereinbarungen versprochenen Leistungen erbringen und den Bürgern zu vermitteln vermögen. CDU und SPD hatten 2012 unter anderem angekündigt, den Landeshaushalt zu sanieren, Personal abzubauen und die Landesverwaltung umzubauen. Trotz erheblicher Zweifel vonseiten der Opposition schaffte es die Regierung relativ geräuschlos, die Weichen in die anvisierte Richtung zu stellen und die Einsparungen erfolgreich zu vermitteln. Dies schlug sich auch in der Bewertung der Regierungsarbeit durch die Bürger nieder. Für ihre Arbeit erhielt die Regierung viel Lob. Nach den Befragungen der Forschungsgruppe Wahlen ist eine Koalitionsregierung noch nie positiver bewertet worden, während sich die Saarländer mit der Arbeit der Opposition unzufrieden zeigten.³ Vor allem den Christdemokraten gelang es, ihr Image in der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Selbst die Anhänger der SPD und FDP sowie der Grünen und Linken bewerteten die CDU an der Saar sichtlich positiver als vor der Landtagswahl 2012.

Daraus war die SPD mit 30,6 Prozent der Stimmen hervorgegangen und mit der CDU eine Große Koalition eingegangen. Durch die Berufung von *Heiko Maas* Ende 2013 in die Bundesregierung verlor sie ihren zugkräftigsten Landespolitiker. Obwohl die Arbeit der Sozialdemokraten positiv bewertet wurde, sank ihr Rückhalt in der Bevölkerung merklich. Nachdem *Martin Schulz* Anfang 2017 zunächst zum Spitzenkandidaten der SPD zur Bundestagswahl ausgerufen worden war und dann auch den Vorsitz der Partei im Bund übernommen hatte, machte die SPD auch an der Saar einen deutlichen Sprung nach oben. Umfragen zufolge rückte sie plötzlich dicht an die CDU heran. Diese Entwicklung nährte die Hoffnung, vielleicht doch als stärkste Partei aus der anstehenden Wahl hervorgehen zu können.

Mit der Konstituierung der Linkspartei unter der Führung des früheren saarländischen Ministerpräsidenten *Oskar Lafontaine* im Jahr 2007 hat sich das Parteiensystem im Saarland grundlegend gewandelt. In keinem anderen westlichen Bundesland ist die Ausgangslage bei einer Landtagswahl für die Linkspartei so gut wie im Saarland. In Anbetracht des Niedergangs des Bergbaus und des Existenzkampfes in der Stahlindustrie bietet das Land

3 Vgl. zur Einschätzung der Arbeit von Regierung und Opposition im Saarland Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 26. März 2017, Mannheim 2017, S. 13 ff.

gute Voraussetzungen für eine sich an den Gewerkschaften orientierende linke Partei. Seit 2009 strebt die Linke im Saarland eine rot-rote Koalition unter der Bedingung an, dass es zu keinen Haushalts-, Sozial- und Personalkürzungen komme. 2012 hatte sie mit ihrem Spitzenkandidaten *Lafontaine* zwar zu den Wahlverlierern gehört; angesichts der massiven Kritik an der Großen Koalition im Bund und vor dem Hintergrund der Erfahrung, dass die im Bund regierenden Parteien häufig abgestraft werden, konnte sich die Linkspartei aber wieder Hoffnungen auf bessere Zeiten machen, zumal *Lafontaine* erneut die Führung der Fraktion anstrebte. Zweifelsohne ist der inzwischen 73 Jahre alte frühere Ministerpräsident Garant dafür, dass sich die Partei keine Sorgen machen muss, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Dass nach Umfragen auch ein rot-rotes Bündnis möglich schien, nährte erneut den Wunsch *Lafontaines*, die Linkspartei in die Regierung zu führen. In keinem anderen Bundesland sind sich SPD und Linkspartei so nahe wie an der Saar.

Bei der Wahl im März 2012 waren die Grünen zum zweiten Mal nach 2009 knapp in den Saarländischen Landtag eingezogen. Von 2009 bis 2012 hatten sie der gescheiterten Jamaika-Koalition angehört. In der 15. Wahlperiode bildeten ihre Abgeordneten zusammen mit denen der Linkspartei und der Piraten fünf Jahre die parlamentarische Opposition. Nach wie vor verfügen die Grünen im Saarland über eine nur schwache Organisation, und auch die Politikvermittlung fällt ihnen schwer, zumal der Landesverband unter beträchtlichen Spannungen zwischen der aus dem Saarland stammenden Bundesvorsitzenden *Simone Peter* und der Landtagsfraktion litt. Auch die rückläufigen Zustimmungswerte im Bund gaben ihnen keinen Rückenwind. In den Umfragen Anfang 2017 lagen sie zwischen vier und sechs Prozent und mussten denn auch fürchten, den Einzug in den neuen Landtag zu verpassen.

Der Piratenpartei war es 2012 vor dem Hintergrund eines bundesweiten Hypes um die Partei gelungen, mit 7,4 Prozent der Stimmen vier Mandate im Landtag zu erringen.⁴ Der Zuspruch speiste sich vor allem aus der Unzufriedenheit vieler Bürger mit den etablierten politischen Parteien und den sie repräsentierenden Politikern. Mit der Abwendung der Massenmedien stürzte die Piratenpartei in der Wählergunst aber schnell wieder ab. Weil er keine Zukunft bei den Piraten sah, wechselte einer ihrer vier Abgeordneten im Januar 2015 zur Fraktion der Grünen. Die schwache Organisation der Piraten, das verheerende Kommunikationsmanagement und die innere Zerstrittenheit verschlechterten ihre Lage zunehmend.

Nach der Landtagswahl war die FDP zusammen mit den Grünen und der CDU eine Koalition eingegangen. Innerparteiliche Zerwürfnisse, persönliche Anfeindungen, Rücktritte und Affären im saarländischen Landesverband behinderten jedoch von Anfang an eine konstruktive Fraktions- und Regierungsarbeit, so dass sich die Ministerpräsidentin zeitgleich zur Rede des FDP-Bundesvorsitzenden auf dem traditionsreichen Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 2012 veranlasst sah, die Koalition aufzukündigen. Aus den vorgezogenen Neuwahlen am 25. März 2012 ging die FDP mit dem schlechtesten Ergebnis ihrer Geschichte hervor und schied erneut aus dem Landtag aus. Auch das Ansehen der Freidemokraten an der Saar war dramatisch gesunken. Nur langsam konnte sich die Partei davon etwas erholen. Da die FDP-Wahlabsicht in den Monaten vor der Landtagswahl am 26. März 2017 fortdauernd unter fünf Prozent lag, musste sie im Wahlkampf besondere Anstrengungen unternehmen, um wieder in den Landtag einziehen zu können.

4 Vgl. zur Piratenpartei *Recep Gürbüç*, Piratenpartei. Genese, Ziele, Struktur und Zukunftsaussichten, Wiesbaden 2011.

Die größten Verschiebungen im Parteiensystem der Bundesrepublik der letzten Jahre sind dem Auftreten der AfD geschuldet. Bereits im Jahr ihrer Gründung konnte sie bei der Bundestagswahl im September 2013 im Saarland auf Anhieb 5,2 Prozent der Stimmen erzielen. Dies ist umso bemerkenswerter, als einige ihrer aktivsten Mitglieder Verbindungen zur rechtsextremen Szene aufwiesen. Die Bundespartei beschloss deshalb Anfang 2016, den Landesverband aufzulösen, unterlag aber vor dem Bundesschiedsgericht der Partei. Seit Anfang 2014 ist die AfD in zehn Landesparlamente eingezogen, in sieben davon mit zweistelligem Ergebnis. Die Zuwanderung zu den Rechtspopulisten im Jahr vor der saarländischen Landtagswahl ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass viele Bürger die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung missbilligten. Da dieses Thema auch im Frühjahr 2017 die bundesdeutsche Agenda beherrschte, waren die Rahmenbedingungen für die AfD an der Saar günstig. Nahezu alle zeitgenössischen Beobachter befürchteten denn auch, dass ein Wahlerfolg der AfD die Kräfteverhältnisse im neuen Landtag entscheidend beeinflussen könnte.

Neben den genannten Faktoren konstituieren sozialstrukturelle und konjunkturelle Faktoren die Ausgangssituation politischer Parteien bei Wahlen.⁵ Problematische gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen fordern politische Akteure heraus. Werden diese frühzeitig identifiziert und analysiert, werden Handlungsoptionen ausgelotet und akzeptable Lösungen zur Behebung der Strukturprobleme vorgeschlagen, schreiben Wähler den Parteien Problemlösungskompetenz zu und bewerten die Regierungsleistung positiv.

Seit Jahrzehnten macht das Saarland wie kein anderes altes Bundesland einen ökonomischen und technischen Strukturwandel durch. Wegen wirtschaftlicher Probleme in den früher prägenden Wirtschaftszweigen Stahlerzeugung und Bergbau zählt es seit Jahrzehnten zu den größten Krisenregionen Deutschlands. Es wundert daher nicht, dass die Saarländer in der Vergangenheit die wirtschaftliche Lage nicht besonders positiv einschätzten. Während der vergangenen Wahlperiode war jedoch eine Tendenzwende zu erkennen, die 2017 für die regierenden Parteien von Vorteil sein sollte. Im Vorfeld der Landtagswahl bewerteten die Bürger die ökonomische Situation deutlich besser als 2009 und 2012. Wurde diese 2012 noch von 25 Prozent als schlecht eingestuft, waren es 2017 nur noch 13 Prozent. Nach wie vor aber sehen die Saarländer die wirtschaftliche Lage ihres Landes kritischer als die Bürger anderer Bundesländer.⁶ Positiver beurteilen sie ihre eigene ökonomische Situation: Im Vorfeld der Wahl 2017 hielten zwei Drittel diese für gut (2012: 50 Prozent) und nur noch fünf Prozent meinten, sie sei schlecht.

Vor dem Hintergrund der gewaltigen strukturellen Probleme des Saarlandes ist entscheidend, wie die Regierungen den notwendigen Strukturwandel zu meistern vermögen. Auch diesbezüglich hat sich die Ausgangslage der regierenden Parteien in der abgelaufenen Wahlperiode fühlbar verbessert. Während sich die Saarländer in dieser Frage Anfang 2012 in zwei etwa gleich große Lager spalteten, glaubte vor der Landtagswahl 2017 eine große Mehrheit von 70 Prozent, dass das Land den wirtschaftlichen Strukturwandel gut hinbekomme. Nur noch 28 Prozent mutmaßten das Gegenteil.

5 Vgl. zur Erklärung des Wählerverhaltens vor allem *Harald Schoen*, Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung, in: *Jürgen W. Falter / ders.* (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden 2005, S. 135 – 185; *ders. / Cornelia Weins*, Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: *Jürgen W. Falter / ders.* (Hrsg.), ebenda, S. 187 – 242.

6 Vgl. zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Saarland Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 3), S. 27 f.

Für die CDU schlagen ferner zwei strukturelle Bedingungen positiv zu Buche. Obwohl das Saarland eine überdurchschnittliche Bevölkerungsdichte aufweist, ist es ohne Saarbrücken und Neunkirchen ländlich und kleinstädtisch geprägt. Hinzu kommt, dass es den höchsten Katholikenanteil aller Bundesländer aufweist. Beide Eigenschaften hemmen die Ausbreitung der SPD, der Linkspartei und der Grünen. Allerdings ist auch der Arbeiteranteil überdurchschnittlich hoch. Cross-pressures, also widerstreitende Wahlpräferenzen entlang der klassischen Konfliktlinien, spielen daher an der Saar traditionell eine größere Rolle als in allen anderen Bundesländern. Unabhängig davon schmälert der Wandel der Berufsstruktur die Chancen der SPD. Während Anfang der 1960er Jahre noch mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen Arbeiter waren, ist es derzeit nur noch jeder Vierte. Dagegen hat sich der Prozentsatz der Angestellten und Beamten von 27 auf 68 Prozent erhöht.⁷ Obwohl die bereits im 19. Jahrhundert herausgebildeten Koalitionen zwischen sozialen Großgruppen und politischen Parteien auf geringerem Niveau nach wie vor bestehen⁸, haben sich die strukturellen Rahmenbedingungen für die Sozialdemokraten und die Linkspartei verschlechtert, für die Christdemokraten und Grünen verbessert. Darüber hinaus mindert der Rückgang des Anteils der Selbstständigen von 18 Prozent im Jahr 1961 auf gegenwärtig acht Prozent die Wahlchancen der FDP.

2. Der Wahlkampf

Die Herausforderung von Parteien im Wahlkampf besteht darin, vor dem Hintergrund der ermittelten Rahmenbedingungen mit dem zur Verfügung stehenden Budget Strategien zu entwickeln, wie die Wahlziele möglichst effektiv erreicht werden können. Dazu definieren die Parteien ihre Zielgruppen, analysieren ihre Mitbewerber, bestimmen ihre Kommunikationskanäle, arbeiten ihre Botschaften aus und versuchen, „richtige“ Kandidaten- und Parteiimages zu vermitteln. Wahlkämpfe zielen mithin darauf ab, die eigenen Mitglieder zu motivieren sowie Stammwähler, Nichtwähler und wechselbereite Wähler zu mobilisieren. Bei der Landtagswahl im Frühjahr 2017 ging es aus der Sicht der beiden Regierungsparteien vor allem darum, wer von ihnen am Ende vorne liegen würde. Die CDU war auch diesmal gut beraten, in einen moderaten Wettbewerb mit der SPD um die Führung im Land einzutreten. Zum einen stellte die Neuaufgabe der von ihr geführten Großen Koalition für die CDU die einzige Möglichkeit dar, weiter an der Macht zu bleiben; zum anderen waren die Bürger sowohl mit der Ministerpräsidentin *Annegret Kramp-Karrenbauer* als auch mit der Großen Koalition äußerst zufrieden. Konsequenterweise bestand das Ziel der Christdemokraten bei der anstehenden Landtagswahl darin, die Regierungsgeschäfte mit der SPD als Juniorpartner weiterzuführen. Dementsprechend diente die Wahlkampfkommunikation der Union dem Zweck, den Saarländern die Erfolgsgeschichte der von *Kramp-Karrenbauer* geführten Regierung zu erzählen, zu zeigen, dass sie ihre Vorgaben aus dem

7 Gemeindestatistik des Saarlandes, Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1961, S. 108; Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2014. Fachserie 1, S. 147. Vgl. zum Strukturwandel *Luitpold Rempelshammer / Hans Peter Kurtz* (Hrsg.), Strukturwandel im Saarland. Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten, Saarbrücken 2011.

8 Vgl. hierzu insbesondere *Seymour Martin Lipset / Stein Rokkan*, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction, in: *dies.* (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments, New York 1967, S. 1 – 64.

Jahr 2012 erfüllt hatte, und nun bereitstehe, den eingeschlagenen Weg fünf weitere Jahre zu gehen.⁹ Die Konsolidierungsbemühungen sollten fortgesetzt, die Investitionen in die Infrastruktur erhöht, die Verwaltung reformiert, die Hochschul- und Forschungseinrichtungen gestärkt und junge Familien unterstützt werden.

Nachdem *Heiko Maas* dreimal erfolglos versucht hatte, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen, trat diesmal die saarländische Wirtschaftsministerin *Anke Rehlinger* als Spitzenkandidatin der SPD an. Ziel der Partei war es, als stärkste Kraft die neue Regierung anzuführen, wobei sich ihr zwei Machtoptionen boten: die Fortführung der Großen Koalition unter Führung der Sozialdemokraten oder ein Bündnis aus SPD und Linkspartei. *Rehlinger* machte kein Geheimnis daraus, eine rot-rote Koalition in Erwägung zu ziehen, wenn diese die Mehrheit der Parlamentssitze erreichen sollte. Nach der Ausrufung von *Martin Schulz* zum Spitzenkandidaten der SPD zur Bundestagswahl rückten die Sozialdemokraten in den Wählerbefragungen im Saarland unversehens nahe an die CDU heran, wodurch die Hoffnung bestärkt wurde, *Anke Rehlinger* könne das Amt des Ministerpräsidenten nach 18 Jahren für die SPD tatsächlich zurückerobern. Zu diesem Zweck bemühten sich die Sozialdemokraten, ihre Kernwählerschaft zu mobilisieren und Wähler zurückzugewinnen, die bei den vorangegangenen Wahlen zur Linkspartei, zu CDU und Grünen abgewandert waren. Im Wahlkampf hob die SPD ihre Regierungsleistungen und den neuen Politikstil hervor, der sich von der vorherigen Jamaika-Koalition positiv abgehoben habe. Faires und gerechtes Sparen sowie harte Verhandlungen mit den anderen Ländern und dem Bund hätten dermaßen zur Sanierung des Haushalts beigetragen, dass das Saarland nunmehr wirtschaftlich stärker sei als je zuvor. Eine SPD-geführte Regierung könne aber noch mehr erreichen. Leistungen müssten sich wieder lohnen, mehr sichere Arbeitsplätze geschaffen und Altersarmut verringert werden. Zu diesem Zweck müsse die Wirtschaft noch weiter gestärkt, die Digitalisierung vorangetrieben, die Arbeitswelt humaner gestaltet, die Bildung ausgebaut, der Personalabbau bei der Polizei gestoppt und die Versorgung im ländlichen Raum verbessert werden.¹⁰

Aufgrund des Bekanntheitsgrades und der Popularität *Oskar Lafontaines* im linken Wählerlager führte die Linkspartei wie schon 2009 und 2012 einen inhaltlich unterfütterten Personenwahlkampf durch. Angesichts der stark verbesserten SPD-Werte sowie der damit einhergehenden Konzentration auf das Thema soziale Gerechtigkeit hegte die Linke erneut die Hoffnung, als Juniorpartner der SPD die Regierungsmehrheit zu erobern. Vom Saarland könnte so ein Signal für ein Linksbündnis in Berlin nach der Bundestagswahl im Herbst des Jahres ausgehen. In ihrem Programm zur Landtagswahl forderte die Linkspartei unter anderem mehr Bürgerbeteiligung und die Einführung einer Millionärssteuer sowie eine Re-Kommunalisierung des Energiesektors. Zudem sollte den Sparkassen verboten werden, zu spekulieren.¹¹

9 Vgl. das Wahlprogramm der CDU Saar zur Landtagswahl „Unser Saarland von Morgen. Regierungsprogramm 2012-2017“, <http://www.kas.de/wf/doc/22084-1442-1-30.pdf> (Abruf am 18. Februar 2018).

10 Vgl. das Wahlprogramm des SPD Landesverbands Saar zur Landtagswahl „Für ein Saarland mit Zusammenhalt und Stärke. Regierungsprogramm 2017-2022 zur Landtagswahl am 26. März 2017“, https://www.spd-saar.de/wp-content/uploads/2017/03/SPD-Regierungsprogramm-2017_WEB_NEU.pdf (Abruf am 18. Februar 2018).

11 Vgl. das Landtagswahlprogramm 2017 des Landesverbands Saar der Linken, „Programm der Partei Die Linke zur Landtagswahl 2017“, http://www.dielinke-saar.de/fileadmin/Wahlkaempfe/Landtagswahl2017/LTW-Programm2017_text2.pdf (Abruf am 18. Februar 2018).

Mit *Barbara Meyer-Gluche* und *Hubert Ulrich* als Spitzenkandidaten gaben die Grünen den Wiedereinzug in den Saarländischen Landtag als Ziel aus. Die Grünen stünden am klarsten für Nachhaltigkeit und eine offene Gesellschaft. Programmmatisch setzte die Partei Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Klimaschutz und Sozialpolitik. Um die Kontaminierung des Trinkwassers zu verhindern, forderten sie von der Landesregierung, die Genehmigung für eine Teilflutung alter Bergbauschächte zu widerrufen. Außerdem sollte die finanzielle Ausstattung der Hochschulen angehoben, die Bildungsausgaben auf 30 Prozent des Landeshaushalts erhöht, die Energiewende forciert und die soziale Ungleichheit im Lande reduziert werden.¹²

Das primäre Wahlziel der FDP bestand darin, mit ihrem Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten *Oliver Luksic* wieder in den Landtag einzuziehen. Weil sich das Image der Saar-FDP in den Jahren nach dem Scheitern der Jamaika-Koalition nur wenig verbessert hatte, waren sich alle Wahlbeobachter darin einig, dass sie es schwer habe werde, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Die FDP warf der Landesregierung vor, Rezepte der Vergangenheit zu benutzen und für die zukünftigen Herausforderungen nicht vorbereitet zu sein. In ihrem Wahlprogramm forderte sie unter anderem eine große Digitalisierungsoffensive und Verwaltungsreformen, einen Ausbau der Krippen- und Kindergartenplätze, die Hochschulen besser auszustatten, den Mittelstand zu stärken, den Ausbau der Windkraft zu stoppen und mehr Polizisten einzustellen.¹³

Bei allen fünf Landtagswahlen 2016 hatte die AfD zweistellige Resultate erzielt, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sogar die 20-Prozent-Marke übersprungen. Entsprechend hoch waren die Erwartungen Anfang 2017 an der Saar. Auch hier nahm die AfD mit ihrem Spitzenkandidaten *Rudolf Müller* die Zehn-Prozent-Marke ins Visier. Um möglichst viele Wähler zu mobilisieren, holte sie zur Fundamentalkritik der Regierungsparteien, der Linkspartei und der Grünen aus. Obwohl sie in ihrem Wahlprogramm zu zahlreichen Themen Stellung nahm, dominierte im Wahlkampf die Kritik an der Flüchtlings-, Asyl- und Integrationspolitik. Was die Landespolitik betraf, sprach sie sich für die Abschaffung der Landkreise aus, forderte eine Verstärkung der Polizei, die Umwandlung der Hochschulen zu Eliteschulen und ein Verbot neuer Windkraftwerke. Des Weiteren kündigte sie an, den Landtag zu einem Teilzeitparlament umzufunktionieren.¹⁴

Thematisch hatten sich die Präferenzen der Bürger geändert. 2012 meinte jeweils ein Drittel der Wähler, die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Abbau der Schulden seien die größten Probleme des Landes. Fast jeder Fünfte mutmaßte damals, die Bildung sei die größte Herausforderung. Im Frühjahr 2017 rückte die Bildungspolitik an die erste Stelle. Jeder Vierte hielt sie für das wichtigste Problem. Jeder Fünfte nannte dagegen die Arbeitslosigkeit. Bemerkenswert ist, dass lediglich jeder Siebte dem Themenbereich Flüchtlinge, Asyl und Zuwanderung Priorität beimaß. Im Vorfeld der Wahl vom 26. März 2017 spielte das Thema mithin eine weniger wichtige Rolle als im Bund und in anderen Bundeslän-

12 Vgl. auch das Landtagswahlprogramm 2017 von Bündnis 90/Die Grünen Saar, „Für die Zukunft. Grün wählen. Wahlprogramm 2017“, http://gruene-saar.de/wp-content/uploads/2017/01/Wahlprogramm-2017-01-12-_1-Entwurf-f%C3%BCr-LPT.pdf (Abruf am 18. Februar 2018).

13 Vgl. das Landtagswahlprogramm 2017 der FDP Saar, „Das neue Saarland. Programm zur Landtagswahl am 26. März 2017“, <https://www.fdp-saar.de/landtagswahl/wahlprogramm/> (Abruf am 18. Februar 2018).

14 Vgl. das Programm der AfD Saar zur Landtagswahl „AfD-Saarland. Landtagswahlprogramm 2017“, <https://afd.saarland/aktuelles/2017/01/landtagswahlprogramm-der-afd-saar/> (Abruf am 18. Februar 2018).

dern.¹⁵ Anders als bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern im Jahr zuvor glaubte die große Mehrheit der Saarländer, die Flüchtlinge aus den Krisenregionen verkraften zu können. Allein die Anhänger der AfD bezweifelten dies.

Wie bei den vorangegangenen Landtagswahlen im Saarland nahmen die Wähler auch diesmal wieder an, die beiden Großparteien könnten die dringendsten Probleme am ehesten lösen. Während jeweils rund ein Drittel der Ansicht war, CDU und SPD könnten am ehesten neue Arbeitsplätze schaffen, wurde der CDU auf den Gebieten der Wirtschafts-, Finanz- und Flüchtlingspolitik die mit weitem Abstand größte Problemlösungskompetenz zugeschrieben. Der SPD trauten die Saarländer dagegen zu, Fragen der sozialen Gerechtigkeit sowie der Bildungspolitik besser zu regeln.¹⁶

3. Das Wahlergebnis

Die Landtagswahl im Saarland war die erste von vier Landtagswahlen im Jahr 2017. Es war zudem die erste Wahl nach der Kür von *Martin Schulz* zum Kanzlerkandidaten der SPD und die einzige vor der Bundestagswahl, bei der die CDU die Führung der Regierungsgeschäfte zu verteidigen hatte. Der Ausgang der Wahl war deshalb mit großer Spannung erwartet worden.

Von den 774.951 Wahlberechtigten gingen 540.290 zur Wahl.¹⁷ Im Vergleich zu 2012 stieg die Wahlbeteiligung um 8,1 Punkte auf 69,7 Prozent und erreichte damit den höchsten Stand seit 1994 (vgl. Tabelle 1). Am geringsten war die Wahlbeteiligung wieder in den größten Städten: Neunkirchen, Völklingen, Dillingen, Sulzbach, Saarbrücken und Friedrichsthal. Die in allen Gemeinden gestiegene Wahlbeteiligung zeigt, dass es den Parteien diesmal gelungen ist, die Bürger zur Teilhabe an der politischen Willensbildung zu aktivieren.

Die CDU und die AfD sind die Gewinner der Landtagswahl; SPD, FDP, Linkspartei und Grüne sind die Verlierer. Die 2012 erlangte Symmetrie des Parteiensystems war damit nur von kurzer Dauer. Das neue saarländische Parteiensystem hat sich wieder in ein von der CDU dominiertes asymmetrisches verwandelt, wie es für ein Jahrzehnt schon vor der Landtagswahl von 2012 bestanden hatte.

Die CDU gewann gegenüber der Landtagswahl 2012 5,5 Punkte hinzu und erzielte mit 40,7 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis seit 2004. CDU-Ministerpräsidentin *Anne-gret Kramp-Karrenbauer* ging als strahlende Siegerin aus der Wahl hervor. Angesichts der Krise der Volksparteien und der anhaltenden Kritik an der CDU-geführten Bundesregierung sowie der innerparteilichen Diskussionen über die Europa- und Flüchtlingspolitik stellt dieses Wahlergebnis einen beachtlichen Erfolg der CDU dar. Mit 24 von 51 Mandaten bleibt sie nur zwei Sitze unter der für eine Mehrheitsregierung erforderlichen Zahl von 26 Sitzen. Im neuen Landtag stellt sie erneut die stärkste Fraktion. Ihre besten Resultate erzielten die Christdemokraten in Tholey (56,4 Prozent), St. Wendel (55,4 Prozent), Oberthal (52,7 Prozent), Marpingen (50,2 Prozent) und Namborn 49,4 Prozent) mit Zugewinnen von 10,3 bis 14,1 Punkten. Die schlechtesten Ergebnisse wurden in Neunkirchen (32,7 Prozent), Saarbrücken (33,2 Prozent), Völklingen (33,4 Prozent) und Schiffwei-

15 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 3), S. 23.

16 Vgl. ebenda, S. 24 f.

17 Vgl. Statistisches Amt Saarland, Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl 2017, http://www.statistikextern.saarland.de/wahl/internet_saar/LT_SL (Abruf am 18. Februar 2018).

Tabelle 1: Stimmenanteile der Parteien im Saarland 1998 bis 2017 (in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen)

	BTW 1998	LTW 1999	BTW 2002	LTW 2004	BTW 2005	LTW 2009	BTW 2009	LTW 2012	BTW 2013	LTW 2017
SPD	52,4	44,4	46,0	30,8	33,3	24,5	24,7	30,6	31,0	29,6
CDU	31,8	45,5	35,0	47,5	30,2	34,5	30,7	35,2	37,8	40,7
FDP	4,7	2,6	6,4	5,2	7,4	9,2	11,9	1,2	3,8	3,3
Grüne	5,5	3,2	7,6	5,6	5,9	5,9	6,8	5,0	5,7	4,0
Die Linke*	1,0	0,8	1,4	2,3	18,5	21,3	21,2	16,1	10,0	12,8
Piraten							1,9	7,4	2,6	0,7
AfD									5,2	6,2
Sonstige	4,5	3,5	3,7	8,6	4,7	4,6	2,9	4,5	4,0	2,7
Wahlbeteiligung	84,8	68,7	80,0	55,5	79,4	67,6	73,7	61,6	72,5	69,7

Anmerkung: LTW = Landtagswahl; BTW = Bundestagswahl; * vor 2005 PDS.
 Quelle: Statistisches Amt Saarland, Landtagswahlen 1947-2004 im Saarland; dass., Bundestagswahlen 1957 bis 2005 im Saarland; dass., Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2009; dass., Endgültiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2009; dass., Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl 2012, http://www.statistikextern.saarland.de/wahlen/wahlen/2012/internet_saar/LT_SL_12/landesergebnisse/; dass., Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2013, http://www.statistikextern.saarland.de/BTW-BUND_13; dass., Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl 2017, http://www.statistikextern.saarland.de/wahl/internet_saar/LT_SL (Abruf jeweils am 18. Februar 2018).

ler (34,7 Prozent) verbucht. Nach den Berechnungen von Infratest dimap für die ARD gewann die CDU 2017 vor allem von ehemaligen Nichtwählern (28.000), den kleineren Parteien (10.000) und der SPD (8.000) Stimmen hinzu. Auf der anderen Seite gab sie 4.000 Stimmen an die AfD ab.¹⁸

Die SPD verlor gegenüber der Landtagswahl 2012 einen Punkt und musste mit 29,6 Prozent der Stimmen das zweitschlechteste Ergebnis seit der Eingliederung des Saarlandes in den Geltungsbereich des Grundgesetzes hinnehmen. Nur bei der Landtagswahl 2009 erzielte sie mit 24,5 Prozent der Stimmen ein noch schlechteres Ergebnis. Im neuen Landtag nimmt sie 17 Sitze ein. Das Ziel, stärkste Partei im Saarland zu werden, verfehlte sie erneut. Die Sozialdemokraten gewannen Stimmen vor allem von ehemaligen Nichtwählern (13.000) und kleineren Parteien (5.000). Rund 8.000 ehemalige Wähler der SPD wanderten zur CDU ab.¹⁹ Der Stimmenanteil der SPD reicht von 22,8 Prozent in der Unionshochburg St. Wendel bis 36,9 Prozent in Rehlingen-Siersburg, wo sie schon 2012 ihr Spitzenergebnis einfuhr. Zu den Hochburgen zählen ferner Neunkirchen (36,0 Prozent), Schiffweiler (35,6) und Beckingen (35,6), zu ihren schlechtesten Wahlkreisen Püttlingen (23,0 Prozent), Tholey (24,0) und Lehbach (24,5). Im Vergleich zur Landtagswahl 2012 verzeichnete sie in Weiskirchen (+4), Wadern (+4,5) und Beckingen (+3,9 Punkte) die höchsten Gewinne. Die größten Verluste musste sie in Schwalbach (-7,8), Bexbach (-3,8) und Namborn (-3,5 Punkte) verkraften.

Die Linkspartei gab nochmals 3,3 Punkte ab und vermochte nur noch 12,8 Prozent der Stimmen zu rekrutieren. Neben den Piraten ist sie damit die größte Verliererin der Wahl.

18 Vgl. Infratest dimap, Landtagswahl Saarland am 26. März 2017. Bericht von Infratest dimap für die ARD, Berlin 2017.

19 Vgl. ebenda.

Mit sieben Abgeordneten zieht sie zum dritten Mal in Folge in den Saarländischen Landtag ein. In allen Gemeinden verlor sie Stimmenanteile: die höchsten in Weiskirchen (-7,5), Schiffweiler (-7,4) und Friedrichsthal (-6,2), die geringsten in Schwalbach (-0,3), Perl (-1,1) und Rehlingen-Siersberg (-1,2). Besonders erfolgreich war sie diesmal in Saarbrücken (17,0 Prozent), Völklingen (16,9 Prozent) und Wallerfangen (15,5 Prozent). Am schlechtesten schnitt sie in den Unionshochburgen Perl (6,9 Prozent), Nonnweiler (7,7 Prozent) und Oberthal (7,8 Prozent) ab. Nach den Wählerwanderungsanalysen von Infratest dimap gab die Linkspartei gleichermaßen an die AfD (-4.000), die SPD (-3.000) und die CDU (-3.000) Stimmen ab.²⁰

Der größte Gewinner der Wahl ist die AfD. Sie erzielte bei ihrer ersten Kandidatur für den Saarländischen Landtag auf Anhieb 6,2 Prozent der Stimmen und drei Mandate. Ihre besten Resultate verzeichnete sie in Homburg (8,7 Prozent), Sulzbach (8,1) und Blieskastel (7,9); die geringsten Anteile gewann sie in den CDU-Hochburgen Perl (3,6 Prozent), Marpingen (4,0) und Tholey (4,0). Die Wählerwanderungsanalysen zeigen, dass sich der Erfolg der AfD aus mehreren Quellen speiste: Die beiden größten Gruppen bildeten ehemalige Nichtwähler (8.000) und Wähler der kleineren Parteien einschließlich der Piraten (11.000). Aber auch ehemalige Wähler der CDU (4.000), SPD (3.000) und der Linkspartei (4.000) halfen der AfD in den Landtag.²¹

Die Grünen verloren im Vergleich zu 2012 erneut einen Punkt und verpassten mit nur noch vier Prozent der Stimmen den Einzug in den Landtag. Damit verfehlten sie ihr primäres Wahlziel deutlich. Am besten schnitten sie in Saarbrücken (7,3 Prozent), Perl (5,7) und Kirkel (5,2) ab, am schlechtesten in Freisen (1,8 Prozent), Oberthal (2,1) und Nonnweiler (2,2). Ehemalige Wähler der Grünen wanderten vor allem zur CDU ab.²²

Die FDP hat sich von ihrem 2012 erfolgten Einbruch noch nicht erholt. Mit nur 3,8 Prozent der Stimmen scheiterte sie erneut an der Fünf-Prozent-Hürde. Nur in einer Gemeinde (Heusweiler, 6,9 Prozent) übersprang sie die Marke. In Oberthal, Freisen Marpingen, Namborn, Merschweiler und Nohfelden blieb sie sogar unter zwei Prozent. Bei der Landtagswahl fünf Jahre zuvor waren die Piraten der große Gewinner; 2017 sind sie der große Verlierer. Sie büßten 6,7 Punkte ein und schrumpften mit nur noch 0,7 Prozent der Stimmen wieder zu einer Splitterpartei.

4. Das Wahlverhalten sozialer Gruppen

4.1. Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter

In den 1970er Jahren hatten Männer im Saarland deutlich stärker die SPD und Frauen häufiger die CDU gewählt. Im folgenden Jahrzehnt wandten diese sich jedoch vermehrt von der Union ab und der SPD zu, so dass mit Anfang der 1990er Jahre schließlich nur noch geringe Unterschiede im Wahlverhalten beobachtet werden konnten.²³ Bei der Land-

20 Vgl. ebenda.

21 Vgl. ebenda.

22 Vgl. ebenda.

23 Vgl. zum geschlechtsspezifischen Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland vor allem Jürgen W. Falter / Siegfried Schumann, *Vive la (très) petite différence!* Über das unterschiedliche

tagswahl tendierten Frauen wie schon 2012 wieder etwas mehr zur CDU. Dagegen neigten Männer wesentlich stärker zur Wahl der AfD. SPD, Linke, Grüne und FDP schnitten bei Männern und Frauen in etwa gleich stark ab. Keine signifikanten Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Wanderungen von 2012 nach 2017.

Während sich das geschlechtsspezifische Wahlverhalten in den 1970er und 1980er Jahren angeglichen hatte, war das der nachwachsenden jüngeren Kohorten immer stärker von dem der älteren Bürger abgewichen. Weil die CDU insbesondere bei den Jungwählern Stimmenanteile verlor, konnte die SPD für einige Jahre zur dominanten Partei im Saarland aufsteigen. Vornehmlich junge Frauen hatten sich Anfang der 1990er Jahre von der Union ab- und der SPD sowie den Grünen zugewandt. Erst mit der Jahrtausendwende konnte die CDU diesen Trend brechen. Die nun einsetzende Wählerbewegung veränderte das Altersprofil von SPD und Grünen merklich²⁴, so dass die Wahlchancen der Sozialdemokraten an der Saar beträchtlich gemindert wurden. Anfang dieses Jahrzehnts bildete sich dann das heute noch gültige Muster heraus.

Bei der Landtagswahl beeinflusste das Alter vor allem die Chancen der CDU und der Grünen. Je älter die Wähler an der Saar waren, desto stärker neigten sie zur CDU und desto weniger zu den Grünen. Während 50 Prozent der über 60-jährigen Wähler den Christdemokraten ihre Stimme gaben, votierten lediglich 30 Prozent der 18 bis 29 Jahre alten Saarländer für sie. Neun Prozent der 18- bis 29-jährigen unterstützten die Grünen, aber nur ein Prozent der über 60-Jährigen. SPD und Linkspartei weisen in allen Altersgruppen annähernd die gleichen Wahlchancen auf. Bei den Linken ist dies auf eine überdurchschnittlich starke Abwanderung von über 45 Jahre alten Wählern zurückzuführen. Die AfD erhielt die geringste Zustimmung bei den über 60-Jährigen.²⁵

Die CDU wurde am häufigsten von den über 60-jährigen Frauen gewählt, am wenigsten von den 18- bis 29-jährigen Männern. Anders als bei früheren Wahlen ist sie nunmehr in allen Gruppen stärker vertreten als die SPD. Während elf Prozent der Männer im Alter von 30 bis 44 Jahren der AfD ihre Stimme gaben, taten dies lediglich zwei Prozent der über 60-jährigen Frauen.

4.2. Wahlverhalten nach Konfessionszugehörigkeit

Weil Katholiken seit den Anfängen des deutschen Parteiensystems zu christlich orientierten Parteien tendieren, hat die konfessionelle Zusammensetzung der Regionen die Struktur der Parteiensysteme in den Ländern in hohem Maße bestimmt. Dass die Konfessionsstruktur einer Region eine der wichtigsten Rahmenbedingungen des Wahlverhaltens in Deutschland

Wahlverhalten von Männern und Frauen bei der Bundestagswahl 1987, in: *Max Kaase / Hans-Dieter Klingemann* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen 1990, S. 109 – 142; *Ute Molitor*, *Wählen Frauen anders? Zur Soziologie eines frauenspezifischen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 1992.

²⁴ Vgl. zum sich wandelnden Profil der Grünen auch *Markus Klein / Kai Arzheimer*, *Grau in Grau. Die Grünen und ihre Wähler nach eineinhalb Jahrzehnten*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49. Jg. (1997), H. 4, S. 650 – 673.

²⁵ Vgl. zum Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 3), S. 35 ff.

Tabelle 2: Wahlverhalten nach der Konfessionszugehörigkeit bei Wahlen zum Saarländischen Landtag 2009 bis 2017 (in Prozent)

	SPD			CDU			FDP			Grüne			Linke			AfD
	2017	2012	2009	2017	2012	2009	2017	2012	2009	2017	2012	2009	2017	2012	2009	2017
katholisch	28	28	23	46	41	40	3	1	9	3	5	5	11	15	19	5
evangelisch	36	41	33	34	25	26	4	1	9	5	6	6	13	16	21	5
keine	27	26	21	29	19	17	5	1	13	6	9	12	20	24	32	9
Alle	29,6	30,6	24,5	40,7	35,2	34,5	3,3	1,2	9,2	4,0	5,0	5,9	12,9	16,1	21,3	6,2

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahl im Saarland 2009, a.a.O. (Fn. 28), S. 34; dies., Wahl im Saarland 2012, a.a.O. (Fn. 28), S. 46; dies., Wahl im Saarland 2017, a.a.O. (Fn. 3), S. 43.

darstellt, zeigen zahlreiche empirische Studien.²⁶ Im Saarland sind zwei Drittel der Bürger katholisch, ein Fünftel ist Mitglied einer evangelischen Kirche, und ein Achtel gehört keiner Konfession an. Diese konfessionelle Zusammensetzung begünstigt seit Jahrzehnten die Wählerrekrutierung der CDU.

Die Landtagswahl am 26. März 2017 reproduzierte das tradierte Muster: Mit einem Anteil von 46 Prozent wurde die CDU in der Gruppe der Katholiken erneut stärkste politische Kraft. Die evangelischen und konfessionslosen Bürger neigten erwartungsgemäß weniger stark zur Union. Während drei Viertel der Katholiken mit wöchentlichem Kirchengang für die CDU stimmten, waren es nur drei von zehn in der Gruppe der Protestanten, die nur selten in die Kirche gehen. Dessen ungeachtet gewann die Union in der evangelischen und konfessionslosen Wählergruppe deutlich höhere Anteile hinzu als in der katholischen Wählerschaft. Wenngleich die SPD überwiegend evangelische Wähler verlor, blieb sie in diesem Segment doch noch die stärkste politische Kraft. Im Hinblick auf die übrigen Parteien unterschieden sich Katholiken und Protestanten in ihrem Wahlverhalten kaum. Die konfessionslosen Saarländer tendierten weit überdurchschnittlich zur Linkspartei und zur AfD: Jeder fünfte von Ihnen wählte die Linkspartei und fast jeder zehnte die AfD (vgl. Tabelle 2).

4.3. Wahlverhalten nach Berufstätigkeit

Seit dem späten 19. Jahrhundert prägt eine Koalition zwischen Arbeitern und der SPD die Struktur des deutschen Parteiensystems.²⁷ Die lange Jahre stetig wachsende Zahl der Arbei-

²⁶ Vgl. hierzu *Jürgen R. Winkler*, Sozialstruktur, politische Traditionen und Liberalismus. Eine empirische Längsschnittstudie zur Wahlentwicklung in Deutschland 1871-1933, Opladen 1995; *Karl Schmitt*, Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1989; *Franz Urban Pappi*, Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft. Entstehung, Stabilität und Wandel, in: *Dieter Oberndörfer / Hans Rattinger / Karl Schmitt* (Hrsg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1985, S. 263 – 290.

²⁷ Vgl. unter anderem *Franz Urban Pappi*, Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen im Zeitvergleich, in: *Hans-Dieter Klingemann / Max Kaase* (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983, Opladen 1986, S. 369 – 394; *Harald Schoen / Jürgen W. Falter*, Wahlen und Wählerverhalten, in: *Thomas Ellwein / Everhard Holtmann*

Tabelle 3: Wahlverhalten nach der Berufstätigkeit bei Wahlen zum Saarländischen Landtag 2009 bis 2017 (in Prozent)

	SPD			CDU			FDP			Grüne			Linke			AfD
	2017	2012	2009	2017	2012	2009	2017	2012	2009	2017	2012	2009	2017	2012	2009	
Berufstätigkeit																
berufstätig	29	31	25	40	31	31	3	1	10	5	6	7	13	16	22	7
Rentner	32	32	25	47	45	41	3	2	8	1	3	3	12	15	20	4
arbeitslos	29	22	20	22	13	15	2	0	5	6	5	5	23	41	44	11
Beruf																
Arbeiter	36	33	28	31	27	26	1	0	6	2	4	3	17	23	31	9
Angestellte	29	31	26	43	35	32	3	1	10	5	6	7	13	14	21	4
Beamte	23	28	21	54	49	51	4	2	8	6	7	6	7	8	11	6
Selbstständige	18	24	13	49	44	43	8	3	19	6	5	8	11	14	13	7
Alle	29,6	30,6	24,5	40,7	35,2	34,5	3,3	1,2	9,2	4,0	5,0	5,2	12,9	16,1	21,3	6,2
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahl im Saarland 2009, a.a.O. (Fn. 28), S. 32 f.; dies., Wahl im Saarland 2012, a.a.O. (Fn. 28), S. 42, S. 44; dies., Wahl im Saarland 2017, a.a.O. (Fn. 3), S. 39.																

ter hatte den Aufstieg der Sozialdemokratie auch im Saarland maßgeblich bestimmt. Mit dem Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft schrumpfte der Arbeiteranteil an der erwerbstätigen Bevölkerung jedoch. Zugleich stieg der Prozentsatz der Angestellten und Beamten kontinuierlich an. So sank der Anteil der Arbeiter von 55 Prozent im Jahr 1961 auf 25 Prozent im Jahr 2014. Auf zwei Drittel aller Erwerbstätigen hat sich dagegen der Anteil der Angestellten und Beamten mehr als verdoppelt. Die Zukunft der Parteien hängt daher insbesondere davon ab, ob es ihnen gelingt, möglichst viele Angehörige der neuen Mittelschicht der Beamten und Angestellten zu mobilisieren.

Das Wahlverhalten der verschiedenen Berufsgruppen am 26. März 2017 bestätigt die schon bei den früheren Wahlen beobachteten Muster. Die stärkste Unterstützung erfuhr die CDU von den Beamten, gefolgt von den Rentnern und Selbstständigen, die geringste von den Arbeitslosen und Arbeitern. 54 Prozent der Beamten, aber nur 31 Prozent der Arbeiter wählten diesmal die Union. In den Kreisen der Angestellten, Beamten und Selbstständigen sowie der Rentner ist sie die stärkste politische Kraft im Saarland (vgl. Tabelle 3).

Bei der Landtagswahl im März 2012 hatte die SPD in allen Berufsgruppen Stimmenanteile hinzugewonnen, vor allem bei den Selbstständigen und Beamten. Fünf Jahre später wandten sich so viele Selbstständige und Beamte wieder von der SPD ab, dass sie trotz Zugewinnen unter Arbeitslosen und Arbeitern in die Verlustzone geriet. Gegenwärtig weisen allein Arbeiter eine überdurchschnittliche Neigung zur Wahl der SPD auf. Dennoch ist diese Berufsgruppe unter den Wählern der SPD unterrepräsentiert. Nur 28 Prozent von ihnen sind Arbeiter, 40 Prozent Angestellte.

Unter den arbeitslosen Saarländern hatte die Linkspartei 2012 mit einem Stimmenanteil von 41 Prozent ihr bei weitem bestes Resultat erzielt. Obwohl sie in dieser Gruppe nun 18 Punkte verlor, schnitt sie 2017 in dieser Gruppe immer noch besser ab als in jeder anderen.

(Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven, Opladen 1999, S. 454 – 470.

Überdurchschnittlichen Zuspruch erhielt sie überdies nur noch von Arbeitern. Die geringste Resonanz erfuhr die Linke bei den Beamten.

Die Neigung zur Wahl der Grünen in den verschiedenen Berufsgruppen ist seit über einem Jahrzehnt relativ stabil. In keiner Gruppe gab es im Frühjahr 2017 nennenswert überdurchschnittliche Ergebnisse. Am wenigsten wählten Arbeiter und Rentner die Grünen. Während Arbeiter traditionell auch der FDP fernbleiben, neigen insbesondere Selbstständige zur Wahl der FDP. Unter den Wählern keiner anderen Partei war der Anteil der Selbstständigen derart hoch wie bei den Freien Demokraten. Bei der AfD zeigt sich, dass Arbeitslose und Arbeiter überdurchschnittlich, Angestellte und Rentner leicht unterdurchschnittlich die Rechtspartei wählten. Aufschlussreich ist, dass Arbeiter allein in der Wählerschaft der AfD das größte Kontingent stellten.

4.4. Wahlverhalten nach Gewerkschaftszugehörigkeit

Wegen der im katholischen Milieu lange Zeit vorherrschenden Wahlnorm hatte die SPD an der Saar lange Zeit nur einen vergleichsweise geringen Anteil der Gewerkschaftsmitglieder rekrutieren können. Die Zugehörigkeit der meisten Gewerkschaftsmitglieder zur katholischen Religion verringerte die Mobilisierungschancen der Sozialdemokratie in den 1950er und 1960er Jahren erheblich. Erst als es der SPD danach mehr und mehr gelang, die katholischen Gewerkschaftsmitglieder an sich zu binden, war ihr Aufstieg zur dominanten Partei im Saarland gebnet. Anfang der 1990er Jahre tendierten die Gewerkschaftsmitglieder schließlich unabhängig von ihrer Konfessionszugehörigkeit deutlich stärker als im Bundesgebiet zur Wahl der SPD. Die sich verfestigende Klassenwahl prägte infolgedessen einige Jahre besonders stark die Struktur des saarländischen Wählerverhaltens. Die von Bundeskanzler *Gerhard Schröder* forcierte Agenda 2010 leitete schließlich im Saarland eine neuerliche Wende ein. Viele Gewerkschaftsmitglieder widersprachen der Politik der Sozialdemokraten und wandten sich wieder von ihnen ab. Zuletzt gelang es der SPD 2012, einen Teil der Abgewanderten wieder einzugliedern.

Bei der Landtagswahl im Frühjahr 2017 stimmten 38 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für die SPD, 30 für die CDU, 13 für die Linkspartei und sieben für die AfD. Von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern entschieden sich 22 Prozent für die CDU, 43 für die SPD, 20 für die Linkspartei und acht für die AfD. Arbeiter, die sich gewerkschaftlich organisieren, neigen somit immer noch stärker zur SPD und zur Linkspartei. Obwohl die CDU unter gewerkschaftlich organisierten Wählern im Laufe der Jahre aufholen konnte, bleibt sie immer noch weit hinter der SPD zurück.²⁸ Die Gewerkschaftsmitgliedschaft begrenzt die Wählermobilisierung der Union an der Saar nach wie vor stark. Bedenklich für die Linkspartei sind ihr Verlust von sechs Punkten bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und der große Zuspruch der AfD in diesem Segment.

28 Vgl. zum Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder bei den Landtagswahlen im Saarland Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 5. September 1999, Mannheim 1999, S. 17; dies., Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 5. September 2004, Mannheim 2004, S. 43; dies., Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 30. August 2009, Mannheim 2009, S. 33; dies., Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 25. März 2012, Mannheim 2012, S. 43; dies., Wahl im Saarland 2017, a.a.O. (Fn. 3), S. 39.

5. Regierungs- und Oppositionsbildung

Obwohl der neue Saarländische Landtag mit CDU, SPD, der Linken und der AfD nur noch vier Akteure aufweist und weniger fragmentiert als sein Vorgänger ist, gehört er infolge des Einzugs der AfD zu den am stärksten polarisierten in der saarländischen Geschichte.

Anders als im Jahr 2012 bot die Mandatsverteilung diesmal nur eine realistische Option für die Regierungsbildung: eine Neuaufgabe der Großen Koalition aus CDU und SPD unter der Führung von *Annegret Kramp-Karrenbauer*. Nach dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen Anfang Mai 2017 verkündeten die Spitzen beider Parteien nur vier Wochen nach der Wahl die Neuaufgabe ihres Regierungsbündnisses. Am 16. Mai unterschrieben *Annegret Kramp-Karrenbauer* und *Anke Rehlinger* den ausgehandelten 154-seitigen Koalitionsvertrag.²⁹ Eine Neuaufgabe der Großen Koalition hatte auch ein Großteil der Saarländer in den Vorwahlumfragen favorisiert. An die Vereinbarung aus dem Jahr 2012 anknüpfend, erneuerten beide Regierungsparteien ihre Absicht, der Eigenständigkeit des Saarlandes oberste Priorität einzuräumen. Das Land solle ein „starker Wirtschaftsstandort“ mit guten Entwicklungsperspektiven für Kinder und Familien bleiben. In der Erwartung finanzieller Unterstützung vom Bund versprechen die Regierungsparteien, Schulden abzubauen und zugleich Investitionen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse vorzunehmen.

Mit den Stimmen von CDU und SPD wurde *Annegret Kramp-Karrenbauer* am 17. Mai 2017 zum dritten Mal zur Ministerpräsidentin des Saarlandes gewählt. Mit 41 Stimmen erhielt sie genau so viele Stimmen, wie die Große Koalition Abgeordnete aufweist. Alle Minister ihrer zweiten Regierung sind bei einigen Verschiebungen der Zuständigkeiten im Amt geblieben. Neben der Ministerpräsidentin zählt die neue Landesregierung jeweils drei Minister von CDU und SPD. Mit der Wahl von *Annegret Kramp-Karrenbauer* zur Generalsekretärin der Bundes-CDU am 26. Februar 2018 kam es am 1. März 2018 zu einer Kabinettsumbildung im Saarland. *Tobias Hans* wurde mit 40 der 51 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Im Amt des Ministers für Finanzen und Europa sowie des Ministers für Justiz folgt *Peter Strobel* auf *Stephan Toscani* (vgl. Tabelle 4). Bis zur Neuwahl durch den Landtag führte *Anke Rehlinger* das Amt der Ministerpräsidentin kommissarisch.

Bis zu seiner Wahl zum Ministerpräsidenten war *Tobias Hans* Vorsitzender der CDU-Fraktion im Saarländischen Landtag. Ihm wird im März 2018 vermutlich *Alexander Funk* im Amt folgen. Die Fraktion der SPD wird weiterhin von *Stefan Pauluhn* angeführt. Ihnen stehen auf Seiten der Opposition *Oskar Lafontaine* als Vorsitzender der Fraktion Die Linke und *Josef Dörr* als Vorsitzender der Fraktion der AfD gegenüber. Während der respektvolle Umgang der Minister untereinander und die Mehrheitsverhältnisse im Landtag die Arbeit der Regierung im kleinsten Flächenland der Bundesrepublik erleichtern, dürfte der Stil der Auseinandersetzungen infolge des Einzugs der AfD im Landtag harscher werden.

In ihrer ersten Regierungserklärung seit ihrer Wahl zur Ministerpräsidentin vor dem Landtag am 24. Mai 2017 bekräftigte *Kramp-Karrenbauer*, dass die neue Regierung den in der vorangegangenen Wahlperiode eingeschlagenen Kurs der finanziellen Konsolidierung

29 Vgl. „Für die Zukunft unseres Landes. Solide wirtschaften – mutig gestalten – mehr investieren“. Koalitionsvertrag für die 16. Legislaturperiode des Landtages des Saarlandes (2017-2022) zwischen der Christlich Demokratischen Union, Landesverband Saar und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Saar, https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/koalitionsvertrag_spd_cdu100.pdf (Abruf am 18. Februar 2018).

<i>Tabelle 4: Das saarländische Kabinett nach der Wahl 2017</i>	
Ministerpräsident(in)	<i>Annegret Kramp-Karrenbauer</i> (CDU), seit 1. März 2018: <i>Tobias Hans</i> (CDU)
Stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr	<i>Anke Rehlinger</i> (SPD)
Minister für Inneres, Bauen und Sport	<i>Klaus Bouillon</i> (CDU)
Minister für Umwelt- und Verbraucherschutz	<i>Reinhold Jost</i> (SPD)
Minister für Finanzen und Europa sowie Minister für Justiz	<i>Stephan Toscani</i> (CDU), seit 1. März 2018: <i>Peter Strobel</i> (CDU)
Minister für Bildung und Kultur	<i>Ulrich Commerçon</i> (SPD)
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	<i>Monika Bachmann</i> (CDU)
Staatssekretär, Chef der Staatskanzlei und Bevollmächtigter des Saarlandes beim Bund	<i>Jürgen Lennartz</i> (CDU)
Staatssekretär mit Kabinettsrang im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr	<i>Jürgen Barke</i> (SPD)
Quelle: Eigene Zusammenstellung.	

fortsetzen werde, so dass 2020 das Ziel eines „nachhaltigen Haushalts“ erreicht werden könne. Wegen eines langsameren Bevölkerungsrückgangs und steigender Anforderungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit werde in den kommenden Jahren weniger Personal abgebaut werden, als sie noch 2012 angekündigt hatte. Außerdem werde die Regierung Steuervermeidungsstrategien stärker bekämpfen, die Verwaltungsstrukturen optimieren, bürokratische Hürden abbauen und durch Digitalisierung die Effizienz steigern. Zusätzliche Einnahmen ermöglichten ab 2020 den Abbau von Schulden und neue Gestaltungsspielräume, insbesondere zur Stärkung der Wirtschaftskraft und der Bildungsinstitutionen.³⁰

Die Linke und die AfD bilden die neue parlamentarische, die Grünen und Freien Demokraten die außerparlamentarische Opposition im Saarland. Die Linkspartei wird die Regierungsparteien vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu stellen versuchen. Damit verbindet sie die Hoffnung, unzufriedene Wähler der Sozialdemokratie mögen sich von der SPD ab- und der Linkspartei zuwenden. Ein Regierungsbündnis mit der SPD, das vor 2012 noch denkbar schien, dürfte angesichts der niedrigen Mobilisierungskraft der Sozialdemokraten noch weiter in die Ferne gerückt zu sein.

6. Zusammenfassung

- (1) Die Sozialstruktur des Saarlandes begünstigt traditionell die Wählerrekrutierung der CDU. Der Wandel der Berufsstruktur beraubt die SPD ihrer traditionellen Kernklientel fortwährend.
- (2) Wegen schwacher Organisationen, relativ negativer Images, der Medienagenda sowie fehlendem Rückenwind vom Bund fanden die Grünen, Piraten und Freien Demokraten Monate vor der Wahl schlechte Ausgangsbedingungen vor. Die Voraussetzungen

30 Vgl. „Für die Zukunft unseres Landes. Solide wirtschaften – mutig gestalten – mehr investieren“, Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Saarlandes am 14. Mai 2017, https://www.saarland.de/dokumente/res_stk/Regierungserklaerung_Fuer_die_Zukunft_unseres_Landes.pdf (Abruf am 18. Februar 2018).

- für die SPD schienen sich infolge des *Schulz*-Hype vor der Wahl schlagartig zu verbessern. Sehr gute Leistungsbeurteilungen für die Regierung und die amtierende Ministerpräsidentin boten für die Union gute, die in den Medien breit problematisierte Flüchtlingspolitik und die damit einhergehende Kritik an der Bundeskanzlerin schwierige Bedingungen.
- (3) Den Wahlkampf bestimmten sowohl bundes- als auch landespolitische Themen wobei keines eine überragende Stellung einnahm. Thematisiert wurden vor allem bildungspolitische Fragen, Arbeitslosigkeit und Verschuldung sowie der Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern.
 - (4) Im neuen Saarländischen Landtag sind nur noch vier Parteien vertreten. Die CDU gewinnt fünf Mandate dazu und bildet mit nunmehr 24 Sitzen die stärkste Fraktion. Die SPD stellt wieder 17 Abgeordnete, die Linkspartei sieben, nachdem sie erneut zwei Sitze verlor. Die FDP, die Grünen und die Piraten scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde, die AfD zieht mit drei Mandaten erstmals in das Parlament ein.
 - (5) Trotz Gegenwind aus Berlin gewinnt die CDU 5,5 Punkte hinzu. Mit 40,7 Prozent der Stimmen erzielt sie das beste Ergebnis seit 2004 und kann erneut die Ministerpräsidentin stellen. Ihre Wählerschaft weist das tradierte Profil auf: Je älter die Saarländer sind und je regelmäßiger sie in die Kirche gehen, desto größer ist die Unterstützung für die CDU, vor allem auf dem Land.
 - (6) Gemessen an den hohen Erwartungen fährt die SPD ein enttäuschendes Ergebnis ein. Sie verliert leicht und erzielt mit 29,6 Prozent der Stimmen das zweitschlechteste Ergebnis seit der Eingliederung des Saarlandes in den Geltungsbereich des Grundgesetzes. Evangelische, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in den großen Städten neigen am stärksten zu ihr.
 - (7) Die Symbolfigur der Linkspartei im Saarland ist immer noch *Oskar Lafontaine*. Er allein garantiert der Linkspartei vergleichsweise gute Resultate bei Landtagswahlen. Dessen ungeachtet gehört die Linke diesmal zu den Verlierern der Wahl. Nach wie vor bilden gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeitslose die Kernklientel der Partei.
 - (8) Die Grünen verpassen den Wiedereinzug in den Landtag. Das Ergebnis ist den ungünstigen Rahmenbedingungen, schlechten Performanzwerten und der geringen Mitglieder motivation geschuldet. Mit den Grünen müssen auch die Piraten wieder das Parlament verlassen. Der rasante Aufstieg und der ebenso rapide Abstieg der Partei zeigen erneut die Wechselwirkung zwischen der Medienberichterstattung und den Wahlchancen neuer Parteien auf. Auch die FDP scheitert an der Sperrklausel. Die Wähler tragen ihr immer noch den von ihr gepflegten Politikstil in der früheren Jamaika-Koalition nach.
 - (9) Die AfD ist der zweite große Gewinner der Wahl. Sie bleibt zwar hinter den eigenen Erwartungen zurück, zieht aber mit 6,2 Prozent der Stimmen neu in den Landtag ein. Im Saarland ist es ihr nicht gelungen, die Themenagenda zu bestimmen und aus ihrer *Anti-Merkel*-Strategie derart Kapital zu schlagen, wie ihr dies in den vorausgegangenen Landtagswahlen gelungen war. Zusammen mit der Linkspartei bildet sie die parlamentarische Opposition. Die größte Neigung zur Wahl der AfD weisen Arbeiter und Arbeitslose sowie Männer im mittleren Alter auf.
 - (10) Die Polarisierung im Vielparteiensystem des Saarlandes hat zugenommen, die Fragmentierung ist leicht zurückgegangen. Darüber hinaus hat das Parteiensystem erneut eine asymmetrische Struktur angenommen.